

Substanzielles Protokoll 169. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 4. Oktober 2017, 17.00 Uhr bis 20.07 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsident Dr. Peter Küng (SP)

Beschlussprotokoll: Sekretärin Heidi Egger (SP)

Substanzielles Protokoll: Isabelle Ryf

Anwesend: 121 Mitglieder

Abwesend: Dr. Mario Babini (parteilos), Kurt Hüsey (SVP), Gabriele Kisker (Grüne), Roger-Paul Speck (SP)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. [2017/311](#) * Weisung vom 13.09.2017: FV
Finanzverwaltung, Budgetentwurf 2018 (Detailbudget und
Produktengruppen-Globalbudget)
3. [2017/312](#) * Weisung vom 13.09.2017: FV
Finanzverwaltung, Aufnahme von Anleihen und Darlehen
sowie Ausgabe von Kassenscheinen im Jahr 2018
4. [2017/313](#) * Weisung vom 13.09.2017: FV
Finanzverwaltung, Aufgaben- und Finanzplan AFP 2018–2021
5. [2017/323](#) * Weisung vom 20.09.2017: VGU
Stadtspital Triemli, Umbau: Verlegung von Teilen der VHB
Frauenklinik und der Augenklinik in den Turm, Objektkredit
6. [2017/324](#) * Weisung vom 20.09.2017: VGU
Stadtspital Triemli, Instandhaltung und Ausbau Kardiologie, VHB
Objektkredit
7. [2017/331](#) * Weisung vom 27.09.2017: FV
Liegenschaftenverwaltung, Gemeinnütziger Wohnungsbau
auf dem Koch-Areal, Quartiere Albisrieden/Altstetten, Über-
tragung der Wohnbaufelder ins Verwaltungsvermögen,
Objektkredit; Genehmigung Projektierungskredit
(Eventualverpflichtung)

- | | | | |
|-----|---------------------------------|--|-----|
| 8. | 2017/332 * | Weisung vom 27.09.2017:
Finanzdepartement, Volksinitiative «Wohnen und Leben auf dem Koch-Areal», Gültigkeit und Ablehnung | FV |
| 9. | 2017/318 *
E | Postulat von Dubravko Sinovcic (SVP), Johann Widmer (SVP) und 12 Mitunterzeichnenden vom 13.09.2017:
Öffentliche Zugänglichkeit der ERZ-Erholungsinfrastruktur beim Klärwerk Werdhölzli | VTE |
| 10. | 2017/319 *
E | Postulat von Roger Tognella (FDP) und Pablo Bünger (FDP) vom 13.09.2017:
Verzicht auf die Aufhebung der Ovalbahn für Islandpferde | VTE |
| 11. | 2017/326 *
E | Postulat von Pirmin Meyer (GLP) und Shaibal Roy (GLP) vom 20.09.2017:
Pilotprojekt für eine Umnutzung des Raums unter der Hardbrücke zu einer Fussgängerzone und Flaniermeile während den Sommermonaten | VTE |
| 12. | 2017/299 | Beschlussantrag der Geschäftsprüfungskommission vom 06.09.2017:
Untersuchung zu den Vorkommnissen in der Dienstabteilung Entsorgung & Recycling im Zusammenhang mit der Erstellung des Logistikzentrums Hagenholz, Kenntnisnahme der Berichte der GPK und der RPK | |
| 13. | 2017/336 | Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) zu den Hintergründen und Verantwortlichkeiten der Vorfälle in der Dienstabteilung Entsorgung & Recycling der Stadt Zürich (ERZ) | |
| 14. | 2017/337 | Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) ERZ, Wahl von 17 Mitgliedern | |
| 15. | 2017/337 | Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) ERZ, Wahl des Präsidiums | |
| 16. | 2017/162 | Weisung vom 07.06.2017:
Elektrizitätswerk, Sponsoring, diverse befristete Beiträge an Dritte | VIB |
| 17. | 2017/165 | Weisung vom 07.06.2017:
Elektrizitätswerk, Erlass Tarif Netznutzung ZH-NNC-A für die Stadt Zürich | VIB |

* Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

An der nachfolgenden Fraktionserklärung werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

3347. 2017/354

Erklärung der SVP-Fraktion vom 04.10.2017: Einführung Tempo 30 Zonen in der Stadt Zürich

Namens der SVP-Fraktion verliest Stephan Iten (SVP) folgende Fraktionserklärung:

Doppelzüngige Glanzleistung der linken Umerziehung

In einer Nacht- und Nebelaktion wurden weitere 10 Strassenabschnitte auf Tempo 30 reduziert. Die Annahme drängt sich auf, dass der zuständige Stadtrat wohl Tempo 30-Verkehrsschilder zu einem Aktionspreis ergattern konnte. Diese Schilder müssen selbstverständlich sofort aufgestellt werden um Tempo 30 in Kraft zu setzen. Während Tempo 30 als ultimative Lärmschutzmassnahme hochgejubelt wird, wird der Bevölkerung vorenthalten, dass die Lärmprobleme mit solchen Massnahmen in der Stadt Zürich nicht gelöst werden können. Ein Tram, welches mit 30 durch die Stadt fährt, verursacht dieselben Emissionen wie wenn es mit 50 fährt. Beim Bus verhält sich die Sachlage ähnlich.

Die SVP lehnt diese ideologisch fundierte und einseitige Massnahme dezidiert ab und fordert eine Gleichbehandlung aller Lärm- und Emissionsquellen. Die realisierten sogenannten Lärmschutzmassnahmen sind auf sämtlichen Strassenabschnitten zu hinterfragen und durch physische Messungen neutral zu belegen. Bei diesen Messungen müssen in jedem Fall sämtliche Lärmquellen berücksichtigt werden. Die jetzige Praxis, wonach lediglich nur der motorisierte Individualverkehr auf Grund von theoretischen Berechnungen gemessen wird, muss demnach angepasst werden. Dort, wo eine solche Messung bei Tempo 30 keine signifikante Verbesserung hervorbringt, ist die Temporeduktion sofort rückgängig zu machen!

Mit der linksgrünen und rein ideologischen Umerziehungsmassnahmen bekämpft man nicht nur den Klassenfeind Nummer 1, den motorisierten Personen- und Güterverkehr, sondern mindert auch die Attraktivität des öffentlichen Verkehrs und des städtischen und regionalen Gewerbes massiv. Diese verursachen unter anderem übermässige Folgekosten für Bewohnerinnen und Bewohner und belasten darüber hinaus unnötig die Umwelt.

Die Stadt Zürich ist in aller Munde, weil Strassenabschnitte, bei welchen das Tempo reduziert wurde, innert kürzester Zeit mit Verkehrskontrollgeräten versehen werden und sogleich unersättlich gebüsst wird. Dies notabene unter dem Deckmäntelchen von Verkehrssicherheit, Präventionsmassnahmen und jetzt in diesem konkreten Fall von Lärmschutzmassnahmen. Kein Argument scheint dem linksgrünen Stadtrat zu klein. Der Schatzmeister der Stadtkasse reibt sich genüsslich die Hände und im Budget 2018 wurden ja bereits wieder 65 Millionen Franken dafür eingestellt. Ein rücksichtsloser Raubzug auf die BewohnerInnen, die Arbeitstätigen und die Gewerbetreibenden, welche so vertrieben werden.

Für die SVP ist es unverständlich, dass diese Massnahmen mit Tempo 30 vollzogen werden, obschon zahlreiche Einsprachen und Gerichtsentscheide hängig sind. Zu diesem Thema reicht die SVP heute eine Schriftliche Anfrage ein und fordert klärende Antworten vom Stadtrat.

Die SVP fordert den Gesamtstadtrat unmissverständlich auf, sich von seinem eingeschlagenen Kurs der ideologischen Verkehrspolitik abzuwenden und pragmatische Lösungsfindungen unter Einbindung aller Verkehrsträger zu realisieren.

Persönliche Erklärungen:

Markus Knauss (Grüne) hält eine persönliche Erklärung zu Temporeduktionen und Lärmschutzmassnahmen in der Stadt Zürich.

STR Richard Wolff hält eine persönliche Erklärung zur Fraktionserklärung der SVP-Fraktion und zur persönlichen Erklärung von Markus Knauss (Grüne).

Urs Fehr (SVP) hält eine persönliche Erklärung zur Auswahl von Referenten an der Uni-Zürich

Elena Marti (Grüne) hält eine persönliche Erklärung zum katalanischen Unabhängigkeitsreferendum.

Simon Kälin (Grüne) hält eine persönliche Erklärung zum Welttierschutztag sowie zur Lancierung der eidgenössischen Volksinitiative "Ja zum Tier- und Menschenversuchsverbot - Ja zu Forschungswegen mit Impulsen für Sicherheit und Fortschritt".

G e s c h ä f t e

3348. 2017/311

**Weisung vom 13.09.2017:
Finanzverwaltung, Budgetentwurf 2018 (Detailbudget und Produktgruppen-Globalbudget)**

Zuweisung an die RPK gemäss Beschluss des Büros vom 2. Oktober 2017

3349. 2017/312

**Weisung vom 13.09.2017:
Finanzverwaltung, Aufnahme von Anleihen und Darlehen sowie Ausgabe von Kassenscheinen im Jahr 2018**

Zuweisung an die RPK gemäss Beschluss des Büros vom 2. Oktober 2017

3350. 2017/313

**Weisung vom 13.09.2017:
Finanzverwaltung, Aufgaben- und Finanzplan AFP 2018 bis 2021**

Zuweisung an die RPK gemäss Beschluss des Büros vom 2. Oktober 2017

3351. 2017/323

**Weisung vom 20.09.2017:
Stadtspital Triemli, Umbau: Verlegung von Teilen der Frauenklinik und der Augenklinik in den Turm, Objektkredit**

Zuweisung an die SK GUD gemäss Beschluss des Büros vom 2. Oktober 2017

3352. 2017/324

**Weisung vom 20.09.2017:
Stadtspital Triemli, Instandhaltung und Ausbau Kardiologie, Objektkredit**

Zuweisung an die SK GUD gemäss Beschluss des Büros vom 2. Oktober 2017

3353. 2017/331

**Weisung vom 27.09.2017:
Liegenschaftenverwaltung, Gemeinnütziger Wohnungsbau auf dem Koch-Areal,
Quartiere Albisrieden/Altstetten, Übertragung der Wohnbaufelder ins
Verwaltungsvermögen, Objektkredit; Genehmigung Projektierungskredit
(Eventualverpflichtung)**

Zuweisung an die SK FD gemäss Beschluss des Büros vom 2. Oktober 2017

3354. 2017/332

**Weisung vom 27.09.2017:
Finanzdepartement, Volksinitiative «Wohnen und Leben auf dem Koch-Areal»,
Gültigkeit und Ablehnung**

Zuweisung an die SK FD gemäss Beschluss des Büros vom 2. Oktober 2017

3355. 2017/318

**Postulat von Dubravko Sinovcic (SVP), Johann Widmer (SVP) und 12 Mitunter-
zeichnenden vom 13.09.2017:
Öffentliche Zugänglichkeit der ERZ-Erholungsinfrastruktur beim Klärwerk Werd-
hölzli**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Es wird weder ein Ablehnungs- noch ein Textänderungsantrag gestellt.

Damit ist das Postulat dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

3356. 2017/319

**Postulat von Roger Tognella (FDP) und Pablo Bünger (FDP) vom 13.09.2017:
Verzicht auf die Aufhebung der Ovalbahn für Islandpferde**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Christina Schiller (AL) stellt namens der AL-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

3357. 2017/326

**Postulat von Pirmin Meyer (GLP) und Shaibal Roy (GLP) vom 20.09.2017:
Pilotprojekt für eine Umnutzung des Raums unter der Hardbrücke zu einer Fuss-
gängerzone und Flaniermeile während den Sommermonaten**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Peter Schick (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

3358. 2017/299

**Beschlussantrag der Geschäftsprüfungskommission (GPK) vom 06.09.2017:
Untersuchung zu den Vorkommnissen in der Dienstabteilung Entsorgung & Re-
cycling im Zusammenhang mit der Erstellung des Logistikzentrums Hagenholz,
Kenntnisnahme der Berichte der GPK und der RPK**

Urs Helfenstein (SP) begründet den Beschlussantrag (vergleiche Beschluss-Nr. 3230/2017): Nach Bekanntwerden der ersten Vorkommnisse im zweiten Semester 2015 haben die Geschäftsprüfungskommission (GPK) und die Rechnungsprüfungskommission (RPK) vereinbart, dass der Lead dieser Untersuchungen bei der GPK liegen sollte. Die GPK stand in engem Austausch mit der RPK und schliesslich entstanden drei Berichte. Alle 22 Mitglieder der GPK und RPK haben den Berichten zugestimmt. Trotzdem gab es in gewissen Punkten Interpretationsverschiedenheiten. Der damalige GPK-Präsident erhielt am 19. August 2015 von einem Gemeinderatsmitglied eine E-Mail zugestellt mit dem Titel «Mutmassliche Vorteilsgewährung und Annahmen durch Kadermitarbeitende der ERZ». Die E-Mail datierte vom 20. Juli 2015 und stammte von einem anonymen Absender ohne Registrierung. Die gleiche E-Mail lag auch dem Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements (TED) bereits am 20. Juli 2015 vor. Die GPK nahm am 7. September 2015 von dieser E-Mail Kenntnis und informierte zwei Tage später die Finanzkontrolle, die zu diesem Zeitpunkt bereits mit einer Revision bei Entsorgung + Recycling (ERZ) begonnen hatte. Die GPK wartete die Ergebnisse von Mitte Dezember 2015 ab. Im Januar 2016 wurde die Gründung der Sonderkommission (SoKo ERZ) beschlossen mit dem Auftrag, die Vorkommnisse in der Dienstabteilung ERZ im Zusammenhang mit der Erstellung des Logistikzentrums Hagenholz zu untersuchen. Das eigentlich spannende Kapitel 3 «Verantwortliche Personen» ist kurz ausgefallen, weil aufgrund des Persönlichkeitsschutzes keine Namen oder Firmenbezeichnungen genannt werden dürfen. Die Erkenntnisse der RPK, die sich in ihrem Mitbericht hauptsächlich mit den finanzpolitischen Aspekte der Vorkommnisse auseinandergesetzt hat, sind in die Kapitel 5 und 6 eingeflossen. Die GPK hat sich vor allem mit den Prozessen beschäftigt und in Kapitel 7 über ein Dutzend Problemfelder eruiert. Es geht von Mängeln in der Archivierung über mangelndes Controlling und ein Projekthandbuch, das bestenfalls als Makulatur bezeichnet werden kann, zu einer fragwürdigen Betriebskultur und massiven persönlichen Verflechtungen. Daraus ergaben sich insgesamt 37 Empfehlungen. Die Empfehlungen der RPK wurden sinngemäss in den GPK-Bericht integriert. Sämtliche Berichte machen schwerwiegende Unregelmässigkeiten und Versäumnisse in der Unternehmensführung in den Bereichen Compliance, Risk Management und Governance ausfindig. Die Empfehlungen der GPK tönen teilweise lapidar, so z. B. E18: «Das Controlling muss unabhängig sein.» Der Stadtrat muss der GPK innerhalb eines Jahres über jeden dieser Punkte Rechenschaft

ablegen, so auch über E2 (In Bezug auf enge private Beziehungen und Verwandtschaft soll eine erhöhte Sorgfalt eingehalten werden.), E28 (Bei persönlichen Verflechtungen sollen Interessenbindungen offen gelegt und geprüft werden, um Interessenkonflikte vermeiden zu können.) sowie E13 (Das Projekthandbuch ist zwingend vor Projektstart eines Bauvorhabens zu erstellen und nicht erst während des Projekts.) und E14 (Die im Projekthandbuch definierten Regelungen sind bei der Umsetzung des Projekts einzuhalten.). E16 lautet: «Die Leitung soll sich auf ein taugliches Kostencontrolling-instrument festlegen und dies verwenden.» Es wurden drei Kostencontrollinginstrumente gefunden und als wichtig bezeichnet, doch ein korrektes Controlling wurde nicht durchgeführt. Die GPK und die RPK haben mit der Veröffentlichung ihrer Berichte die Untersuchung abgeschlossen. Die zahlreichen offenen Fragen sollen nun durch eine Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) geklärt werden. Was mich persönlich in dieser Affäre am meisten geschockt hat, war die schiere Amateurhaftigkeit, die in diesem Projekt an den Tag gelegt wurde – egal, welchen Teilbereich man anschaut: Überall ist es schiefgelaufen. Ich danke allen Beteiligten in den Kommissionen, den Sekretärinnen und Sekretären und der Verwaltung. Der grösste Dank gebührt aber dem anonymen Hinweisgeber. Diese Person und alle anderen, die einen ehrlichen Job gemacht haben, sind die wahren Opfer in dieser Angelegenheit. Dafür, dass etwas Ähnliches in Zukunft nicht mehr passiert, möchte ich mich persönlich in der PUK einsetzen.

Weitere Wortmeldungen:

Walter Angst (AL): Die Abklärungen der RPK betreffend die Kostenüberschreitungen haben einige Kernpunkte an den Tag geführt. Die Zuständigkeit von ERZ für Bauprojekte war nicht nur eine Zuständigkeit als Eigentümervertreter, sondern umfasste auch die Abwicklung des ganzen Bauverfahrens. Es gab nie eine Dienstleistungsvereinbarung zwischen ERZ und dem Amt für Hochbauten (AHB), damit die entsprechende Fachkompetenz hätte einfliessen, und Fragen des Controllings und des Projektmanagements hätten optimiert werden können. Obwohl ERZ allein für die Abwicklung von Bauprojekten zuständig war, gab es keine zweckmässige Struktur dafür und kein Controlling. Unter dieser Rahmenbedingung startete 2006 die Planung des Logistikzentrums. Eine Reihe von Ereignissen führte dazu, dass das Projekt total aus dem Rahmen fiel, darunter insbesondere der 2008 getroffene Entscheid, das Backup-Rechenzentrum in diesem Projekt unterzubringen. Bis 2009 meinte man, die Unterbringung des Rechenzentrums sei in einem alten Bürogebäude möglich. Als man merkte, dass dies nicht geht, musste man die Fläche für das Rechenzentrum unter Zeitdruck in einem neuen Gebäude im Süden des Geländes planen, um es entsprechend den vertraglichen Bindungen bis Ende 2011 abgeben zu können. Im Oktober 2009 wurde entschieden, das Projekt auf jeden Fall durchzuziehen, obwohl man zu diesem Zeitpunkt weder ein Vorprojekt für den Bau des neuen Rechenzentrums noch eine Idee hatte, was man mit dem alten zentralen Gebäude nachher machen könnte. Auf dieser Grundlage stieg der Gemeinderat im Dezember 2009 in die Vorberatung ein, wobei er bewusst an der Nase herumgeführt wurde. Mit Falschbehauptungen wurde nämlich dafür gesorgt, dass die Debatte möglichst noch in der alten Legislatur abgeschlossen werden kann. Der Beschluss des Gemeinderats war einstimmig. Der damalige Alterspräsident sagte sogar, es gebe keine Anzeichen für eine Kostenüberschreitung. Als man 2012 merkte, dass die Kosten aus dem Ruder laufen, wurden die Mitarbeiter angewiesen, die Kostenüberschreitung buchhalterisch zu vernichten, und intern wurde Kritik abgewürgt. Erschreckend ist, dass die Verantwortlichen 2015 meinten, sie kämen mit dieser Strategie durch. Für 2016 wurde gar kein Kredit mehr ins Budget eingestellt – die Hoffnung, das Projekt ohne grösseren Wirbel abschliessen zu können, war gross, wurde dann aber durch den Whistleblower unterbunden. Zentrale Fragen konnte die RPK nicht beantworten. Es ist ein Auftrag an

die PUK, mehr Klarheit darüber zu schaffen, wer im TED, im Stadtrat und im Finanzdepartement (FD) davon wusste und nichts gesagt hat. Es muss auch abgeklärt werden, welche Bedeutung die Netzwerke zwischen Lieferanten und ERZ-Mitarbeitern sowie der Austausch von Funktionen bei ERZ und bei beteiligten Planungsfirmen spielten. Inwieweit wurde nicht eingeschritten, weil die Personen wussten, dass sie dann selber Dreck am Stecken hätten? Es ist auch unklar geblieben, warum der Stadtrat nach Vorliegen des Finanzkontrollberichts im Januar 2016 und noch mehr nach Vorliegen der Administrativuntersuchung im Herbst 2016 nicht die Reissleine gezogen und die ERZ-Führung nicht in neue Hände gelegt hat. Es ging nicht darum, den ERZ-Direktor fristlos zu entlassen, aber ein Wechsel hätte die Grundlage geschaffen, um eine neue Kultur einzuführen und die Wende zu schaffen. Der Gemeinderat muss sich fragen, warum er über all die Jahre an der Nase herumgeführt werden konnte, und welche Instrumente entwickelt werden müssen, um so etwas in Zukunft zu verhindern. Zusätzlich wird die PUK auch die Ergebnisse der dritten Untersuchung, die der Stadtrat angeschoben hat, verfolgen und verarbeiten müssen. Daneben gilt es, ERZ neu aufzustellen. Seit eineinhalb Jahren ist klar, dass die alte Führungskultur von ERZ keine Zukunft hat, aber es gibt immer noch keinen neuen Direktor. Zudem muss das Projekt Hagenholz 2017 abgeschlossen werden; der Gemeinderat muss noch Mittel für die Abschlussarbeiten bewilligen und ERZ muss die Bilanz anpassen. Daneben müssen weitere Baustellen angegangen werden, so z. B. die defizitären Werkstätten. Nicht zuletzt muss im nächsten Jahr im Hinblick auf HRM2 die neue Tarifverordnung für ERZ ausgearbeitet und in Kraft gesetzt werden. Ich danke den Kolleginnen und Kollegen der RPK und der GPK.

Fischer Renate (SP): Die Untersuchung dauerte lange und war umfangreich. Es wurden immer neue Mängel offensichtlich. Der Bericht der GPK entspricht dem Konsens in der Kommission. Es besteht nun die Möglichkeit, den Bericht mit persönlichen Eindrücken und Bewertungen zu ergänzen. Ich habe über vieles den Kopf geschüttelt, so etwa über Dokumente, die es vielleicht gar nie gegeben hat, oder die absichtlich entsorgt wurden. Wie sonst liesse sich erklären, dass nur Dokumente von einzelnen Firmen nicht mehr vorliegen? Am meisten beschäftigt hat mich, dass die 2010 in der Spezialkommissionsberatung gestellten, richtigen Fragen zur mangelhaften Kostenschätzung absichtlich falsch beantwortet wurden. Etwas anderes waren die häufigen Personalwechsel und die vielen Umstellungen im Organigramm – alles während des laufenden Projekts. Es fragt sich, wie ein Projekt unter diesen Umständen überhaupt regelkonform durchgeführt werden kann. Die Frage, warum so viele Kadermitarbeitende nach kurzer Zeit ausgestiegen sind, konnte im Rahmen der Untersuchung nicht restlich geklärt werden, denn die Personen arbeiten nicht mehr bei der Stadt Zürich und es ist nicht ausgeschlossen, dass sie mit dieser Art von Organisation nichts zu tun haben wollten. In den letzten Jahren wurde ich oft gefragt, warum die Untersuchung denn so lange dauere. In der GPK gibt es immer wieder Diskussionen darüber, wann der richtige Zeitpunkt sei, um eine Untersuchung zu starten. Im vorliegenden Fall wurde begonnen, sobald der erste Bericht der Finanzkontrolle vorlag. Der Bericht führte aber nicht nur zu Nachfragen der ständigen Kommissionen, sondern auch zu einer Administrativuntersuchung des TED. Viele Fragen wurden mit grosser Verzögerung beantwortet, etwa weil zuerst das Ergebnis der Administrativuntersuchung abgewartet wurde, oder weil man mit den departementsinternen Abklärungen noch nicht so weit war und diese auch zuerst noch dem Stadtrat vorlegen wollte. Dadurch war die Weiterarbeit in der Kommission oft blockiert. Die noch offenen Fragen werden jetzt durch die Staatsanwaltschaft, eine weitere externe Untersuchung und im Rahmen einer PUK geklärt.

Maleica Landolt (GLP): Die GLP erwartet vom Stadtrat die genaue und seriöse Prüfung der Empfehlungen des GPK-Berichts. STR Filippo Leutenegger hat den

Prozess bereits eingeleitet und Kommentare zu verschiedenen Empfehlungen abgegeben. Wir sind froh, wenn die Korrekturen und Verbesserungsmassnahmen umgesetzt werden. Es ist uns bewusst, dass je nach Bereich und Massnahme allfällige zusätzliche Personal- oder Finanzressourcen nötig sind. Selbstverständlich werden wir korrekten und sinnvollen Anträgen und Vorschlägen wohlwollend gegenüberstehen. Gewisse Massnahmen erfordern aber keinen grossen Mehraufwand und können schnell umgesetzt werden. Trotzdem bleiben mit Blick in die Zukunft ein paar Fragen und ein flaes Gefühl. Wir sind uns einig, dass es die PUK braucht. Eine übergeordnete Frage ist in den Feststellungen und Empfehlungen jedoch nicht detailliert erwähnt, nämlich die Rolle des Gesamtstadtrats als Regierungsgremium. Wie ist es möglich, dass einem 9er-Gremium die zahlreichen Ungereimtheiten und Problemfelder entgangen sind? Oder wurden sie in der Fülle der Arbeit und im schnellen Lauf der Zeit vielleicht verdrängt? Seit 1994 waren vier verschiedene Vorsteherinnen und Vorsteher aus drei verschiedenen Parteien im Amt. Ist bis zum Publikwerden der Ungereimtheiten nie etwas aufgefallen? Wir fragen uns, wie vertieft die Departementsübergaben stattfinden und ob auch informelle Angelegenheiten weitergegeben werden, damit diese weiterverfolgt werden können. In der Bevölkerung und bei den Mitarbeitenden der Stadt Zürich bleiben auf jeden Fall Unverständnis und Irritation darüber zurück, dass über so viele Jahre Verfehlungen und Missachtungen fortlaufend geschehen konnten. Es stellt sich auch die Frage, wie die Situation in anderen Departementen und Dienstabteilungen aussieht. Wir hoffen, dass dank der PUK neue Klarheit, Erkenntnisse und Empfehlungen kommen und greifen werden. Wichtig ist auch, dass vor allem bei ERZ Ruhe, Sicherheit und Stabilität einkehren, und die Mitarbeitenden zu ihrem Alltag übergehen können. Die PUK braucht nun Zeit, die aufwendige Arbeit seriös, differenziert und umfassend zu machen.

Michael Baumer (FDP): Der Fall ist eigentlich merkwürdig; über das Unternehmen wird sogar heute noch gesagt, es sei strategisch gut aufgestellt und im Grunde genommen gut geführt, gleichzeitig ist aber alles komplett aus dem Ruder gelaufen. Es ist wichtig, dass die Frage beantwortet wird, wie das passieren konnte. Der unmittelbare Ausgangspunkt war der Entscheid der beiden Direktoren im Jahr 2009, im Backup-Rechenzentrum auch externe Mieter unterzubringen – dadurch entstand Zeit- und Kostendruck, was am Schluss dazu führte, dass die Kostensteigerung verschleiert wurde. Erklärbar ist so etwas nur mit einer entsprechenden, schon seit längerer Zeit bestehenden Führungskultur. Die Politik muss sich die Frage gefallen lassen, wie eine solche Kultur über Jahre unbeobachtet bleiben konnte. Letztlich dürfte es darauf zurückzuführen sein, dass ein Direktor quasi als CEO das Unternehmen strategisch voranbringen wollte, dies im Korsett einer Dienstabteilung aber nicht konnte. Auf diese Herausforderung hat er falsch reagiert, indem er die Regeln brach. Nach aussen gelang es ihm dadurch, den Anschein einer guten Entwicklung zu erwecken. Da entsteht der Eindruck, dass sich die damalige Vorsteherin des TED nicht um ein gut funktionierendes Unternehmen kümmern wollte und nicht hinschaute. Doch auch der Gemeinderat muss sich gewissen Fragen stellen, wie etwa die Diskussion über die falsch verbuchten Kreditabrechnungen zeigt. Obwohl alt Gemeinderat Niklaus Scherr die richtigen Fragen gestellt hat, konnte die Kommission im Rahmen der Beratung der Weisung zum Backup-Rechenzentrum nicht mehr herausfinden – dies nicht zuletzt deshalb, weil sie angelogen wurde. Dies konnte sie natürlich nicht erahnen; ein gewisser Vertrauensvorschuss zwischen Parlament und Exekutive ist nötig. Die PUK muss klären, wie es möglich war, dass eine Dienstabteilung derart aus dem Ruder läuft. Es muss gefragt werden, welche Bedeutung die entsprechenden Rechtsgrundlagen haben, und welche Instrumente der Gemeinderat einführen oder anpassen kann. Die Verwaltung soll dabei aber nicht mit neuen Regulierungen noch mehr bürokratisiert werden. Vielmehr sind die Erwartungen an eine unternehmerisch handelnde Organisation bei der Stadt Zürich festzusetzen.

Michail Schiwow (AL): Die SoKo hat zwar viel geleistet, das Ergebnis ist aber trotzdem nur gerade genügend. Als ich Ende Juni 2016 in die SoKo kam, war sie schon seit ungefähr sechs Monaten an der Arbeit. In meiner Wahrnehmung fokussierte man hauptsächlich auf eine Person (Urs Pauli) und auf einen Vorfall (Bau des Logistikzentrums Hagenholz). Ich habe mir immer wieder die Frage gestellt, aus welchem Interesse der ehemalige ERZ-Direktor seine Befugnisse und die Reglemente derart krass überschritten haben könnte. Auf meinen Anstoss hin wurde eine längere Passage bezüglich Interessen und Strategien, die auf Ebene Stadtrat wie auch bei Organisation und Informatik (OIZ) zu den Veränderungen in der Konzeption des Rechenzentrums Hagenholz geführt hatten, in den Bericht eingebaut. Über die Treiberfunktion des Drittmieters wurde in der SoKo ausgiebig gestritten. Es besteht Gewissheit, dass wesentliche Änderungen an der Vorlage zu Hagenholz an der gemeinderätlichen Kommission und am Volksentscheid vorbeigeschmuggelt wurden. Die Versuchung war gross, aus dem Hauptverantwortlichen einen Sündenbock zu machen und so alle anderen Verantwortlichen, insbesondere ehemalige und aktuelle Stadtratsmitglieder, aus dem Schussfeld zu nehmen. Doch wenn man Urs Pauli alles anlasten will, ist es merkwürdig, dass man dem zweiten Schreiben eines Whistleblowers, das im Oktober 2016 verschiedenen Parteien zugestellt wurde und auf die weiteren Machenschaften des ERZ-Chefs hinwies, nicht mehr Aufmerksamkeit geschenkt hat. Dies hätte uns dazu bewegen sollen, STR Filippo Leutenegger zu einer früheren und intensiveren Untersuchung bei ERZ anzuhalten. Dieser hat damals dem Stadtrat einen geheimen Abschlussbericht vorgelegt, der zwar Verfehlungen festhielt, sie aber gleichzeitig stark relativierte unter Hinweis auf die Einnahmen aus der Vermietung des Rechenzentrums an Dritte. Es ist zu hoffen, dass die GPK in künftigen Untersuchungen etwas mehr Mut und Biss zeigt.

Felix Moser (Grüne): Ich konzentriere mich auf drei Punkte: 1. Betriebskultur: In der Dienstabteilung ERZ wurde über Jahre gewirtschaftet, ohne dass jemand etwas gemerkt hätte. Seit über 20 Jahren ist ERZ quasi eine geschlossene Anstalt; solange der Abfall entsorgt wurde und die Zahlen am Schluss stimmten, schaute niemand richtig hin. Dabei wurden schon vor 20 Jahren durch die Klärschlamm-PUK ähnliche Empfehlungen verabschiedet. Im damaligen PUK-Bericht kann man nachlesen: «Die Stadtentwässerung ist im Hinblick auf ihre Organisation und Führung grundsätzlich umzustrukturieren, wobei den Aspekten kaufmännischer Betriebsführung und moderner Personalführung besonders Aufmerksamkeit geschenkt werden soll.» Und: «Die Stadt Zürich muss einen Weg finden, wie für herausragende technische Fachleute auch ausserhalb von Managementpositionen eine attraktive Berufslaufbahn ermöglicht werden kann.» Damals wie heute ist ERZ technisch gut aufgestellt und verfügt über motivierte Mitarbeitende, aber bezüglich Planung, Kosten, Dokumentation usw. hapert es gewaltig. Es ist dringend nötig, dass bei ERZ eine neue Betriebskultur eingeführt wird. 2. Filz: Es gab offensichtlich eine Vetternwirtschaft, es liegen genügend Hinweise auf starke personelle Verflechtungen vor. Von gewissen Firmen wechselten die Leute später zu ERZ und gaben Aufträge an Leute, mit denen sie früher zum Teil zusammengearbeitet hatten. Andererseits gab es auffällig viele Personalwechsel, vor allem im Projekt Logistikzentrum. Ebenfalls sehr unschön ist der Umgang der Stadt Zürich mit dem Whistleblower, der ERZ verlassen hat bzw. vielleicht verlassen musste. Konsequenzen aus diesem Filz waren z. B. intransparente Vergaben, wobei zumindest in einem gesicherten Fall Aufträge zu unangemessen hohen Preisen vergeben wurden. 3. Schon früh hat die Finanzkontrolle festgestellt, dass mehrere Geschäftsunterlagen fehlen: «Stichprobenweise wurde bei 140 Rechnungen der Abteilung Bau- und Gebäudemanagement geprüft, ob die Geschäftsunterlagen archiviert worden waren. Die Prüfung ergab, dass 109 Offerten, 132 Verträge und sämtliche Rapporte fehlten.» ERZ antwortete darauf wie folgt: «Die Unterlagen sind beim Umzug ins Logistikzentrum und

infolge Personalwechsel versehentlich entsorgt worden.» Es geht hier um Aufträge von rund 3 Millionen Franken. Der Stadtrat sagt dazu eigentlich nichts.

Christian Traber (CVP): *Auch wenn die Berichte und die Stellungnahme ohne Gegenstimme verabschiedet wurden, so werden nun doch sehr unterschiedliche Fokusse gelegt und Interpretationen gemacht. Was mich bei dieser Untersuchung überrascht hat, ist der Takt, in dem neue Sachen aufkamen und klargestellt wurden. Der CVP-Fraktion sind drei Anmerkungen wichtig: 1. Wie konnte es passieren, dass zwei fachlich gute Direktoren rechtsstaatliche Abläufe, sofern sie vorhanden waren, missachteten? Wieso wurde dies nicht früher festgestellt? Die Führungskultur in dieser Dienstabteilung war sehr fragwürdig und bedarf dringend einer Verbesserung. 2. Der PUK ist mit auf den Weg zu geben, dass es zu keinen Überschneidungen in den noch laufenden Untersuchungen kommen darf. Jede Untersuchung muss korrekt und auf die anderen Untersuchungen abgestimmt ablaufen. Weiter sollte man daran denken, selbstkritisch zu sein. Der Gemeinderat muss sich überlegen, wie er künftig zusammen mit den zugeordneten Institutionen verhindern kann, dass so etwas wieder passiert. 3. Bei ERZ muss möglichst bald eine neue Direktion installiert werden.*

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): *Es ist nicht erstaunlich, dass sich so vieles erst nach und nach gezeigt hat, denn die Affäre mottete wirklich schon 20 Jahre vor sich hin. In dieser Zeit waren mehrere Stadträte und Direktoren involviert. Es ist gut, dass es jetzt eine PUK geben wird. Dass in letzter Zeit nicht vieles umfassend aufgeklärt werden konnte, liegt in der Natur der Sache. Auch die vom amtierenden Stadtrat eingeleiteten Massnahmen waren eine Gratwanderung. Es konnte nur das gemacht werden, was aufgrund des Kenntnisstands zweckmässig war, denn hätte man mehr gemacht, wäre es wohl als Überreaktion bezeichnet und kritisiert worden.*

Walter Angst (AL): *Es sind drei Punkte klarzustellen: 1. Vonseiten der FDP habe ich nie ein kritisches Wort über den ERZ-Direktor vernommen. 2. Es war Kyriakos Papageorgiou (SP), der in der Kommission akribisch nachgefragt hat, wie es sich mit dem Kostenvoranschlag verhält. 3. Ich finde es unverschämt, zu sagen, das Problem sei, dass ERZ eine städtische Dienstabteilung und nicht eine öffentlich-rechtliche Anstalt ist. Das Elektrizitätswerk (ewz) ist real dem Markt ausgesetzt und arbeitet erfolgreich, obwohl es sich fast immer akribisch an die städtischen Rechtsgrundlagen hält. ERZ hingegen ist ein gebührenfinanzierter Betrieb, der gar nichts mit dem Markt zu tun hat. Bei ERZ hat überhaupt nichts funktioniert und das hat mit der politischen Führung zu tun, nicht mit der Rechtsform. Vielleicht war der Grund für das Wegschauen ja auch, dass Urs Pauli, der Macher, einem irgendwie gefiel.*

Kyriakos Papageorgiou (SP): *Mein Vater hat mich immer gewarnt: In der Schweiz ist es nicht viel anders als in Griechenland, hier ist man bloss etwas gescheiter und zieht weisse Handschuhe an, um weniger Spuren zu hinterlassen. Leider hatte er recht. Es ist traurig, wenn man als Gemeinderat in einer Kommission vertrauensvoll Fragen stellt und die Antworten ebenso voller Vertrauen entgegennimmt, nur um später zu merken, dass dieses Vertrauen missbraucht wurde; dass das Gegenüber nicht loyal zum Arbeitgeber war und nicht korrekt und ehrlich geantwortet hat. Persönlich habe ich mich viel zu sehr auf die zwar gebührenfinanzierten, aber guten Produkte von ERZ konzentriert. Es muss aber nicht nur das Produkt stimmen, auch das Verfahren muss korrekt sein und zwar so, wie das Gemeinwesen es will und nicht irgendein Chefbeamter. Wenn einem Chefbeamten die städtischen Vorgaben nicht passen, ist er hier am falschen Ort. Wer bei der Stadt Zürich angestellt ist, soll loyal und korrekt arbeiten. Ich muss es leider so sagen: In der Stadt Zürich habe ich nun ein Stück näher zur Heimat gefunden.*

Michael Baumer (FDP): Die Stadtverwaltung arbeitet im Grundsatz sehr sauber. Walter Angst (AL) hat recht: Urs Pauli war ein Macher – und vermutlich auch ein Blender. Was ich meinte, ist, dass Pauli unternehmerisch handeln wollte, aber in einem engen Korsett der Dienstabteilung steckte. Auf diese Situation kann man unterschiedlich reagieren und was Pauli gemacht hat, war falsch. Ich habe nicht verlangt, ERZ müsse ausgegliedert werden. Vielmehr muss man das Regelwerk so anpassen, dass man künftig auch Macher anstellen kann.

Der Rat stimmt dem Beschlussantrag mit 121 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

Vom

- Synthesebericht. Untersuchung ERZ. Bau Logistikzentrum Hagenholz der Geschäftsprüfungskommission (GPK) und der Rechnungsprüfungskommission (RPK) vom 26. Juni 2017,
- Bericht der Geschäftsprüfungskommission (GPK) in Ausübung der gemeinderätlichen Oberaufsicht über den Stadtrat zu den Vorkommnissen in der Dienstabteilung Entsorgung & Recycling Zürich im Zusammenhang mit der Erstellung des Logistikzentrums Hagenholz vom 26. Juni 2017 und
- Mitbericht der Rechnungsprüfungskommission (RPK) zu den finanzpolitischen Aspekten der Untersuchung «Logistikzentrum Hagenholz» zuhanden der Sonderkommission Entsorgung und Recycling Zürich (SoKo ERZ) der Geschäftsprüfungskommission (GPK) betreffend Untersuchung «Logistikzentrum Hagenholz» vom 31. Oktober 2016

wird Kenntnis genommen.

Der Stadtrat wird beauftragt, die in den Berichten enthaltenen Empfehlungen zu prüfen und der GPK in einem Jahr über deren Umsetzung Bericht zu erstatten.

Mitteilung an den Stadtrat

3359. 2017/336

Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) zu den Hintergründen und Verantwortlichkeiten der Vorfälle in der Dienstabteilung Entsorgung & Recycling der Stadt Zürich (ERZ)

Das Büro beantragt dem Gemeinderat:

1. Gestützt auf Art. 38 GO in Verbindung mit Art. 74 GeschO GR setzt der Gemeinderat Zürich eine Parlamentarische Untersuchungskommission mit 17 Mitgliedern ein.
2. Die zu untersuchenden Vorkommnisse, der Gegenstand und der Auftrag der Untersuchung richten sich nach dem überwiesenen Beschlussantrag GR Nr. 2017/286 vom 30. August 2017.
3. Die Parlamentarische Untersuchungskommission erstattet dem Gemeinderat schriftlich Bericht über den Sachverhalt und die Schlussfolgerungen.
4. Das Büro wird beauftragt, die mutmasslichen Kosten für die Arbeiten der Parlamentarischen Untersuchungskommission mit dem Novemberbrief im Budget 2018 einzustellen.

Referent zur Vorstellung des Antrags:

Dr. Davy Graf (SP): Es besteht eine grosse Einhelligkeit bezüglich der Einsetzung einer PUK. Das Recht auf Anhörung wurde dem Stadtrat gewährt. In seiner Stellungnahme hat der Stadtrat unter anderem herausgestrichen, dass die Untersuchung «Poledna», die der Stadtrat selber in Auftrag gegeben hat, miteinbezogen werden muss. Auch alle

anderen Untersuchungen seien zu verwerten. Die Arbeit der PUK sei in diesem Sinn abzugrenzen, es solle nicht zu Doppelspurigkeiten kommen. Der Auftrag der PUK ist nun relativ klar geworden. Die PUK wird u. a. Fragen betreffend städtisches Finanzrecht, submissionsrechtliche Vorschriften, Beteiligungen, Controlling, Personalrecht abdecken. Man hat sich entschieden, 17 Personen in die PUK zu entsenden. Auch der Wahlvorschlag, der sich an der Parteistärke orientiert, ist einhellig. Für das Präsidium gibt es zwei Wahlvorschläge von zwei verschiedenen Fraktionen. Das Büro hat die mutmasslichen Kosten bereits letzten Montag beschlossen, es wird dem Gemeinderat im Novemberbrief für das Jahr 2018 642 000 Franken beantragen. Diese Summe beinhaltet neben den Sitzungsgeldern auch zwei Anstellungen für das Sekretariat und die wissenschaftliche Mitarbeit. Es war von Anfang an klar, dass der Gemeinderat als Milizparlament in dieser sehr komplexen Frage unterstützt werden muss. Eine PUK stellt eine grosse Herausforderung dar, das Verfahren ist korrekt und zielführend durchzuführen. Ich danke allen, die sich für diese grosse Aufgabe zur Verfügung gestellt haben. Weiter danke ich den Parlamentsdiensten und insbesondere Andreas Ammann für die speditiven und professionellen Vorarbeiten.

(Fraktionserklärung siehe Beschluss-Nr. 3360/2017)

An der nachfolgenden Fraktionserklärung werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

3360. 2017/355

Erklärung der SVP-Fraktion vom 04.10.2017:

Ziel der parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) ERZ

Namens der SVP-Fraktion verliest Martin Götzl (SVP) folgende Fraktionserklärung:

Aufarbeitung ERZ, schonungslos, transparent und nachhaltig!

Ab Mai 2017 wurden innert weniger Tage schwerwiegende Verfehlungen rund um die ERZ bekannt, welche weitgehend viele Jahre vorher begangen wurden. Versagt und nicht eingehalten wurden die Aufsichtspflichten, das Controlling, das Personalrecht, das Finanzrecht, die submissionsrechtlichen Vorschriften, der Umgang mit Beteiligungen und anderes. Haarsträubende Versäumnisse der Verwaltung, der Behörden und insbesondere des Stadtrates! Meine Damen und Herren, die Frage stellt sich den Steuerzahlenden: Sieht es in anderen Dienstabteilungen und in anderen Departementen auch so drastisch und unkontrolliert aus? Waren übergeordnete Organe wissend, nichtwissend, ignorant, überfordert oder schlichtweg von Unfähigkeit begleitet?

Über die Vorkommnisse in der ERZ dürfen wir enttäuscht sein, wir dürfen verärgert sein. Wir müssen misstrauisch sein, wir müssen hinterfragend sein und wir müssen bereit sein, schonungslos aufzuklären! Dies ist unsere Pflicht als Parlament und die Bevölkerung erwartet dies von uns.

Für mehrere Parteien stellt sich die grosse Herausforderung einer Verfangenheit, drei Parteien hatten in diesem Departement den/die Vorsteher/-in gestellt, in der Zeitspanne von möglichen Verfehlungen. Gar fünf Parteien sind im Stadtrat vertreten. Nicht so die SVP, diese ist unbefangen und will eine schonungslose Aufklärung. Die SVP hat die vollste Verantwortungsbereitschaft zur schonungslosen Aufklärung und hat Kandidaten für die Wahl des PUK-Präsidium gestellt.

Die Ratslinke scheint jedoch aus dieser PUK nicht die geforderte neutrale Aufklärungs-Kommission machen zu wollen, sondern sieht darin offensichtlich eine politische Motivation. Weshalb diese Annahme? Ohne sich ausgiebig über die Kandidaten der SVP informieren zu wollen, waren offensichtlich die „Erbsli bereits frühzeitig ausgezählt“, die Ratslinke scheint mehrheitlich die GLP mit dem PUK – Präsidium beauftragen zu wollen. Der Leistungsausweis und die grosse Kompetenz der CVP – Kandidatin hin oder her. Die SVP wird die sehr kompetente CVP – Kandidatin wählen und hat deswegen auf seine eigene Kampfkandidatur verzichtet.

Sofern der eingesetzten 17-köpfigen PUK Sachverhalte bekannt werden, die es sehr pragmatisch und kurzfristig zu lösen gilt, behält sich die SVP die Option vor, auch entgegen einer Kommissionsmehrheit die Sachlage öffentlich anzusprechen und die notwendigen Massnahmen zu fordern! Die SVP wird, sofern sich die Vorwürfe erhärten und beweisen, für leitende Angestellte auch Forderungen zu personalrechtlichen Massnahmen in Erwägung ziehen. Die politischen und leitenden Verantwortlichen haben die Konsequenzen der

jahrelangen Verfehlungen zu tragen.

Die SVP fordert und will, sofern erforderlich, den «Saustall schonungslos ausmisten» um auszuschliessen, dass solche Vorkommnisse in dieser Dienstabteilung, aber auch in den anderen städtischen Dienstabteilungen, je wieder Anlass zu Unmut, Verfehlung, Misstrauen und Verschleuderung von Steuergeld geschehen.

Prioritäres Ziel muss es sein, dass der Nachfolger vom Direktor Herr Pauli und seine Führungsmannschaft verlorenes Vertrauen zurückgewinnen können und ohne Altlasten eine zukunftssträchtige Abteilung in die Zukunft führen zu können und zu werden.

Die Frage drängt sich auf, wie sieht es in den anderen Dienstabteilungen der Stadt Zürich aus, werden dort auch ungeachtet und ungeahndet Missstände toleriert. Der „Sauladen ist schonungslos auszumisten“ und die SVP wird alles Mögliche tun, damit dies auch geschieht und künftige Vergehen verhindert werden können!

3359. 2017/336

Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) zu den Hintergründen und Verantwortlichkeiten der Vorfälle in der Dienstabteilung Entsorgung & Recycling der Stadt Zürich (ERZ)

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Davy Graf (SP): Die SVP sagt in ihrer Fraktionserklärung, sie behalte sich vor, entgegen einer Kommissionsmehrheit die Sachlage öffentlich anzusprechen und die notwendigen Massnahmen zu fordern. Wenn dieser Satz bedeutet, dass der SVP-Fraktionspräsident seinen drei Leuten, die er in die PUK entsendet, den Auftrag erteilt, sich an die Öffentlichkeit zu wenden, sobald ihnen etwas angebrannt vorkommt, haben wir jetzt ein echtes Problem und können nicht zur Wahl schreiten, denn ein solches Verhalten würde die Arbeit der PUK verunmöglichen. Ich bitte den SVP-Fraktionspräsidenten, von diesem Satz Abstand zu nehmen und klar und deutlich zu sagen, dass es ein Kommissionsgeheimnis gibt, dass gegen aussen nur der PUK-Präsident kommuniziert – nach Rücksprache mit den Kommissionsmitgliedern –, und dass es am Schluss einen im Gemeinderat zu diskutierenden Bericht geben wird.

Andreas Kirstein (AL) stellt den Ordnungsantrag auf Unterbruch der Sitzung: Diese Fraktionserklärung stellt die Verhandlungen und Gespräche im Hinblick auf die Einsetzung einer PUK völlig einseitig dar. Bevor sie von ihrem Chefideologen in der «Weltwoche» zurechtgewiesen wurde, hat sich die SVP über Monate hinweg standhaft gegen eine PUK gestellt. Die Diskussionen um das Präsidium der PUK waren nur vorbereitender Art; es ist der SVP-Fraktion freigestellt, jemanden zur Wahl vorzuschlagen. Daraus aber eine Komplotfantasie zu entwickeln, ist speziell. Der von Dr. Davy Graf (SP) erwähnte Satz in der SVP-Fraktionserklärung verunmöglicht es mir, in die PUK überhaupt ein Mitglied der SVP-Fraktion zu wählen. Die SVP-Fraktion stellt damit nämlich das Kommissionsgeheimnis, welches das A und O einer PUK ist und weit über das Geheimnis in den ständigen Kommissionen hinausgeht, infrage. Daraus müssen nun die richtigen Konsequenzen gezogen werden. Die Fraktionspräsidien sollen sich zur Beratung zurückziehen können. Nach Unterbrechung der Sitzung können die Verhandlungen wiederaufgenommen werden.

Severin Pflüger (FDP): Wer das Amtsgeheimnis verletzt, macht sich strafbar, und es ist nicht anzunehmen, dass sich jemand dieser Strafbarkeit aussetzen möchte. Insofern ist die Diskussion eher akademischer Art. Wenn man die Fraktionserklärung nochmal liest, kann man sich fragen, welcher Zeitpunkt eigentlich gemeint ist: vor oder nach Beratung des PUK-Berichts im Gemeinderat? Die Formulierung ist schlecht gewählt. Wir sollten kühlen Kopf bewahren und nun zur Wahl schreiten.

Martin Götzl (SVP): Die Fraktionserklärung wurde verlesen und muss nicht infrage gestellt werden. Ich hätte kein Problem, mit den anderen Fraktionspräsidenten zu diskutieren. Ziel ist es, eine funktionierende PUK zu haben, dies ist von allen Parteien

gewünscht, wie die vorgängigen Verhandlungen gezeigt haben.

Dem Ordnungsantrag wird mit 72 gegen 20 Stimmen (bei 27 Enthaltungen) zugestimmt.

Martin Götzl (SVP): *Es ist selbstverständlich nicht im Sinn der SVP, das Kommissionsgeheimnis zu brechen, und wer den Satz genau liest, wird auch erkennen, dass sie dies nicht gesagt hat. Ich habe den Satz im Gespräch mit den anderen Fraktionspräsidien wie folgt begründet: Wenn die PUK arbeitet und die verschiedenen Verdachtsfälle aufzudecken versucht, könnte sich zeigen, dass es im Rahmen der leitenden Funktionen bei ERZ strafrechtliche Vorfälle gegeben hat. Im Stadtrat waren in dieser Zeit drei Parteien involviert und hatten die Mehrheit. Wenn es bei ERZ strafrechtliche Aktionen gab, kann es nicht sein, dass man eineinhalb Jahre lang die Augen geschlossen hielt. So war der Satz gemeint. In der Diskussion unter den Fraktionspräsidien wurde nun gesagt, dass sich die 17 Mitglieder der PUK selber strafbar machen würden, wenn sie etwas nicht offenlegen wollen würden. Die SVP hat das Ziel, in der PUK mitzuarbeiten und wird in keiner Art und Weise versuchen, Amtsgeheimnisse zu verletzen.*

Schlussabstimmung über die Dispositivziffern 1–4

Das Büro beantragt Zustimmung zu den Dispositivziffern 1–4.

Zustimmung: Dr. Davy Graf (SP), Referent; Präsident Dr. Peter Küng (SP), 2. Vizepräsident Heinz Schatt (SVP), Ezgi Akyol (AL), Martin Götzl (SVP), Markus Hungerbühler (CVP), Karin Meier-Bohrer (Grüne), Mark Richli (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Matthias Wiesmann (GLP), Vera Ziswiler (SP)

Abwesend: 1. Vizepräsident Martin Bürki (FDP), Albert Leiser (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag des Büros mit 120 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

1. Gestützt auf Art. 38 GO in Verbindung mit Art. 74 GeschO GR setzt der Gemeinderat Zürich eine Parlamentarische Untersuchungskommission mit 17 Mitgliedern ein.
2. Die zu untersuchenden Vorkommnisse, der Gegenstand und der Auftrag der Untersuchung richten sich nach dem überwiesenen Beschlussantrag GR Nr. 2017/286 vom 30. August 2017.
3. Die Parlamentarische Untersuchungskommission erstattet dem Gemeinderat schriftlich Bericht über den Sachverhalt und die Schlussfolgerungen.
4. Das Büro wird beauftragt, die mutmasslichen Kosten für die Arbeiten der Parlamentarischen Untersuchungskommission mit dem Novemberbrief im Budget 2018 einzustellen.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 11. Oktober 2017

3361. 2017/337

Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) Dienstabteilung Entsorgung & Recycling der Stadt Zürich (ERZ), Wahl

a) Wahl von 17 Mitgliedern

Es werden gewählt:

Markus Baumann (GLP)
Onorina Bodmer (FDP)
Marcel Bührig (Grüne)
Andreas Egli (FDP)
Renate Fischer (SP)
Dorothea Frei (SP)
Helen Glaser (SP)
Urs Helfenstein (SP)
Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP)
Andreas Kirstein (AL)
Markus Merki (GLP)
Felix Moser (Grüne)
Derek Richter (SVP)
Michael Schmid (FDP)
Christine Seidler (SP)
Stefan Urech (SVP)
Karin Weyermann (CVP)

b) Wahl des Präsidiums

Wahlvorschläge:

Markus Merki (GLP)
Karin Weyermann (CVP)

Isabel Garcia (GLP): Die GLP-Fraktion schlägt Markus Merki (GLP) als Präsident der PUK vor. Nachfolgend werden die fünf wichtigsten Argumente für die Wahl von Markus Merki (GLP) genannt: 1. Die Grünliberalen sind noch nicht im Stadtrat vertreten, das ist eine wichtige Voraussetzung für die jetzt dringend gewordene politische Aufarbeitung der bestehenden Missstände bei ERZ. Die Aufarbeitung muss mit der notwendigen Unbefangenheit und Energie vorgenommen werden können. 2. Die GLP ist nicht nur eine Partei der politischen Mitte, sondern gehört auch keinem ideologischen Lager, keinem Bündnis oder sonstigem Zusammenschluss an. Dies garantiert die notwendige Unabhängigkeit für die Führung einer solch delikaten parlamentarischen Untersuchung. 3. Markus Merki (GLP) ist eine gestandene Persönlichkeit. Er hat umfassende und lange Führungserfahrung und verfügt über langjährige, vertiefte Berufserfahrung in der Realisierung öffentlicher Bauaufträge. 4. Markus Merki (GLP) ist ausgebildeter Bau- und Wirtschaftsingenieur und verfügt über langjährige Erfahrung im Management und in der finanziellen Abwicklung von komplexen Projekten. 5. Markus Merki (GLP) ist eine in sich ruhende, gradlinige und völlig unabhängige Persönlichkeit. In anspruchsvollen Ausgangslagen und in hektischen Situationen verliert er weder den Überblick noch den Humor. Er versteht es, sich auf das Wesentliche zu konzentrieren und anstehende Arbeiten lösungsorientiert und zügig voranzutreiben.

Markus Hungerbühler (CVP): Die CVP schlägt als PUK-Präsidentin Karin Weyermann (CVP) vor. Sie ist seit sechs Jahren im Gemeinderat und seit drei Jahren

Fraktionspräsidentin. Auch durch die Bekleidung des Präsidiums der Spezialkommission Sozialdepartement (SK SD) verfügt sie über Führungserfahrung. In all diesen Funktionen hat sie gezeigt, dass sie gut vermitteln und Sitzungen klug leiten kann. Karin Weyermann (CVP) ist Anwältin, sie leitet die Bezirksratskanzlei und ist somit auch beruflich in einer Aufsichtsbehörde tätig. Sie ist vertraut mit dem Zivilprozessrecht und mit dem Verwaltungsverfahrenrecht, was für das PUK-Präsidium entscheidend ist. Zudem hat sie Kenntnisse des Submissionsrechts und des öffentlichen Rechnungswesens (HRM1 und HRM2). Wir sind überzeugt, dass unsere Kandidatin eine sehr gute Arbeit leisten wird.

Albert Leiser (FDP) beantragt geheime Wahl gemäss § 47 Abs. 2 Gemeindegesetz: Die PUK ist sehr vielfältig zusammengesetzt, die Mitglieder decken eine grosse berufliche Bandbreite ab. Wenn man ihre Gemeinderatserfahrung zusammenzählt, kommt man auf 108 Jahre, das bedeutet im Schnitt etwa 6,5 Jahre Erfahrung pro Mitglied. Allerdings weisen 11 Personen weniger als 5 Jahre Gemeinderatserfahrung auf. Umso wichtiger ist die Position des Präsidiums. Die Präsidentin oder der Präsident muss die Verfahrensfragen kennen und in der Lage sein, die Kommission zu führen. Das politische Wissen und die Erfahrung ist in dieser PUK wichtig, weil neben erfahrenen auch weniger erfahrene Parlamentarierinnen und Parlamentarier vertreten sind. Es ist keine Parteiwahl, sondern eine Personenwahl, somit ist die Stärke der beiden Kandidierenden zu gewichten. Dem Präsidium muss man grosses Vertrauen schenken können. Eine geheime Wahl ermöglicht es jedem Ratsmitglied, den für sich richtigen «Pilot» bzw. die richtige «Pilotin» zu wählen und diese grosse Verantwortung zu tragen. Wir von der FDP sind ganz klar der Meinung, dass Karin Weyermann (CVP) mit ihrer Ausbildung, ihrer Erfahrung und ihrem Fingerspitzengefühl die richtige Person für das PUK-Präsidium ist. Nicht zuletzt ist sie eine Frau, was der Rat berücksichtigen sollte.

Anwesend sind 121 Ratsmitglieder (Quorum = 31 Stimmen).

Der Rat stimmt dem Antrag von Albert Leiser (FDP) auf geheime Wahl mit 85 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von einem Viertel der Anwesenden erreicht.

Wahlprotokoll

Anwesende Ratsmitglieder	121
Eingegangene Wahlzettel	121
Leere Wahlzettel	2
Ungültige Wahlzettel	1
Massgebende Wahlzettel	118
Absolutes Mehr	60

Es erhielten Stimmen:

Markus Merki (GLP)	70
Karin Weyermann (CVP)	45
Markus Baumann (GLP)	2
Christine Seidler (SP)	1
Einzelne (je 1 Stimme)	
Massgebende Wahlzettel	118

Gewählt ist: Markus Merki (GLP) mit 70 Stimmen.

Markus Merki (GLP) übernimmt das Präsidium der PUK und hält eine Ansprache: Die Vorstellung der Berichte und die verschiedenen Voten haben gezeigt, dass bei ERZ auffällige Mängel vorliegen, die es politisch aufzuarbeiten gilt. Die Fragestellungen und

Aufgaben wurden mehrmals erwähnt und betreffen das Controlling, die Betriebsführungskultur usw. Neben den Grundlagen der heute diskutierten Berichte wird sich die PUK auch auf die Erkenntnisse der Untersuchung «Poledna» abstützen können. Mit der Wahl zum PUK-Präsidenten beginnt für mich eine spannende und herausfordernde Zeit. Aus beruflicher Sicht bin ich in der glücklichen Lage, mir genügend Zeit für dieses intensive Amt nehmen zu können. Es ehrt mich, dass mir der Gemeinderat diese grosse Verantwortung übertragen hat. Ich danke dem Rat für die Wahl und den anderen gewählten PUK-Mitgliedern dafür, dass sie sich dem Amt stellen. Ein Dank gebührt auch dem Parlamentsdienst, der sich schon intensiv mit der PUK auseinandergesetzt hat und dies auch in den kommenden Wochen tun wird, um uns zu unterstützen. Es liegen intensive Monate vor uns, und ich bin positiv gestimmt, dass wir als ganzes Team den Erwartungen des Gemeinderats gerecht werden können.

Mitteilung an den Stadtrat und an die Gewählten

3362. 2017/162

Weisung vom 07.06.2017:

Elektrizitätswerk, Sponsoring, diverse befristete Beiträge an Dritte

Antrag des Stadtrats

1. Für das Sponsoring der ZSC Lions wird ein Betrag von höchstens Fr. 761 400.– pro Saison (einschliesslich Mehrwertsteuer) für die Saisons 2018/19 und 2020/21 bewilligt. Es besteht kein Rechtsanspruch auf Auszahlung des Sponsoringbeitrags.
2. Dem Zoo Zürich wird ein Betrag von höchstens Fr. 541 000.– pro Jahr (einschliesslich Mehrwertsteuer) für die Jahre 2018–2020 bewilligt. Es besteht kein Rechtsanspruch auf Auszahlung des Sponsoringbeitrags.
3. Dem Zürcher Limmatschwimmen wird ein Betrag von höchstens Fr. 162 000.– pro Jahr (einschliesslich Mehrwertsteuer) für die Jahre 2018–2020 bewilligt. Es besteht kein Rechtsanspruch auf Auszahlung des Sponsoringbeitrags.
4. Dem Origen wird ein Betrag von höchstens Fr. 162 000.– pro Jahr (einschliesslich Mehrwertsteuer) für die Jahre 2018–2020 bewilligt. Es besteht kein Rechtsanspruch auf Auszahlung des Sponsoringbeitrags.
5. Dem Zürcher Silvesterlauf wird ein Betrag von höchstens Fr. 135 000.– pro Jahr (einschliesslich Mehrwertsteuer) für die Jahre 2018–2020 bewilligt. Es besteht kein Rechtsanspruch auf Auszahlung des Sponsoringbeitrags.

Referent zur Vorstellung der Weisung/Kommissionsreferent zu Dispositivziffer 1, Kommissionmehrheit zu Dispositivziffer 1–5:

Michel Urben (SP): *Das ewz sponsert seit vielen Jahren verschiedene Veranstaltungen, Vereine und Organisationen aus den Bereichen Sport, Kultur und Gesellschaft. Sponsoring leistet einen wichtigen Beitrag, um das ewz als Unternehmen wahrnehmbar und sein Angebot an Dienstleistungen und Lösungen bekannt zu machen. Im sich stetig entwickelnden Marktumfeld des ewz ist das wichtig. Die Sponsoringstrategie leitet sich aus dem Unternehmensleitbild, aus der Unternehmensstrategie und aus den zur Verfügung stehenden Mitteln ab. Mit dem Sponsoring soll ein möglichst breites Publikum angesprochen werden. Es sollen in erster Linie die Unternehmenswerte nachhaltig und visionär vermittelt werden. Für 2018 und die Folgejahre steht ein Budget für Kommunikations- und Marketingmassnahmen von 6,4 Millionen Franken zur Verfügung, davon sind 2 Millionen Franken für das Sponsoring. Vor allem bei grossen Sponsorings will sich das ewz auf ein paar wenige ausgewählte Partnerschaften*

konzentrieren. Dadurch wird das Image des ewz als innovatives, sympathisches und nachhaltiges Unternehmen aufgebaut und gefestigt. Die Sponsoringpartnerinnen und -partner und die Veranstaltungen sollen zum ewz und seinen heutigen wie auch künftigen Angeboten und Dienstleistungen passen. Das ewz bringt in erster Linie finanzielle Leistungen und Ideen in eine Partnerschaft. Die Gegenleistung der Partnerinnen und Partner ist Raum für eine breitenwirksame Kommunikation. Grundsätzlich strebt das ewz langfristige Engagements an, dadurch entsteht ein Wiederholungseffekt, der den Grad der Wahrnehmung bei den Zielgruppen erhöht. Das ewz schliesst jedoch bewusst klar terminierte Verträge ab. Zu Dispositivziffer 1 gibt es eine kleine Textänderung: Es muss «bis» heissen, sonst würde eine Saison fehlen. Die Mehrheit der Kommission empfiehlt Annahme der Weisung in allen Punkten.

Kommissionsminderheit zu Dispositivziffer 1–5:

Andreas Kirstein (AL): *Das ewz ist und bleibt eine Dienstabteilung der Stadt Zürich, und es ist unverständlich, warum sich eine Dienstabteilung mittels Sponsoring in die Herzen der Menschen und Institutionen, die von ihr Strom beziehen, einschleichen will. Das Service- und Preisangebot des ewz muss genügend attraktiv sein, um dort Nachfrage zu erzeugen, wo etwas Ähnliches wie ein Markt besteht. Als Monopolkunde kann ich den Anbieter sowieso nicht wechseln und das ist auch gut so. Dass man die Bündnerinnen und Bündner mit einem Beitrag für das Origen einseifen will – vielleicht, um für eine freundliche Behandlung unserer Kraftwerke zu werben – finde ich speziell. Die Stadt Zürich hat viele Hosentaschen, aber Subventionen sollten nur aus der Subventionstasche kommen und nicht als Sponsoring auch noch das Kultur- und Sportbudget entlasten. Immerhin nimmt die Anzahl der beglückten Institutionen ab.*

Weitere Wortmeldungen:

Dubravko Sinovcic (SVP): *Die Sponsoringbeiträge waren in der SVP-Fraktion umstritten. Es gab viele Stimmen, die fanden, Sponsoring sei kein Auftrag einer städtischen Dienstabteilung. Die Fraktion anerkennt aber, dass die Sponsoringbeiträge abnehmen, und dass vorwiegend etablierte Zürcher Anlässe und Institutionen unterstützt werden. Mit den Beiträgen an das Origen unterstützt die SVP-Fraktion übrigens auch eine Nicht-Zürcher Kulturinstitution.*

Simon Kälin (Grüne): *Die Weisung ist sehr dürftig formuliert, so heisst es mehrfach, es bestehe kein Rechtsanspruch auf Auszahlung des Sponsoringbeitrags. In der Weisung selbst heisst es: «Mit der Bewilligung der befristeten Beiträge an Dritte geht keine Verpflichtung des ewz einher, die Sponsoringpartnerschaften gemäss Ziff. 5 einzugehen, weiterzuführen oder die Beiträge in der besagten Höhe an die Sponsoringpartner auszuzahlen. Es besteht somit seitens der Sponsoringpartner gegenüber dem ewz kein Rechtsanspruch auf das Sponsoring.» Diese Formulierungen laufen dem Willen des Gemeinderats zuwider. Wenn der Gemeinderat etwas beschliesst, soll es auch gelten. Für 2 Millionen Franken erwarte ich eine ausführlichere Weisung. Als sportbegeisterter Mensch stösst mir zudem sauer auf, dass die 15-jährige Partnerschaft mit dem Akademischen Sportverband Zürich (ASVZ) nicht mehr weitergeführt wird. Laut dem Direktor des ASVZ gab es nie Anzeichen dafür, dass das ewz mit dem ASVZ nicht zufrieden wäre. Der ASVZ ist die mit Abstand grösste Hochschulsportorganisation der Schweiz und sogar von Europa, er verzeichnet jede Woche bis zu 40 000 Besuche in seinen Sportanlagen. Als Nutzer der ASVZ-Angebote habe ich das ewz-Logo jeweils immer sehr gut und positiv wahrgenommen. Es ist sehr zu bedauern, dass dies in Zukunft nicht mehr so sein wird. Die SOLA-Stafette ist mit 14 000 Läuferinnen und Läufern übrigens die grösste Stafette in Europa und gehört zu den Top 10 Laufveranstaltungen in der Schweiz. So viel zum Thema Breitenwirksam-*

keit. Die Engagements des ewz sollten ja im Sinn der Unternehmensziele Effektivität, Relevanz und Breitenwirksamkeit evaluiert worden sein und deren Wirksamkeit wäre zu beurteilen gewesen. Jedoch findet sich in der Weisung kein Hinweis auf die angebliche Wirksamkeit.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 1

Die SK TED/DIB beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 1:

1. Für das Sponsoring der ZSC Lions wird ein Betrag von höchstens Fr. 761 400.– pro Saison (einschliesslich Mehrwertsteuer) für die Saisons 2018/19 **bis und** 2020/21 bewilligt. Es besteht kein Rechtsanspruch auf Auszahlung des Sponsoringbeitrags.

Zustimmung: Michel Urben (SP), Referent; Präsidentin Helen Glaser (SP), Vizepräsident Markus Kunz (Grüne), Pablo Bünger (FDP), Niyazi Erdem (SP), Guido Hüni (GLP), Andreas Kirstein (AL), Mario Mariani (CVP), Kyriakos Papageorgiou (SP), Ronny Siev (GLP), Dubravko Sinovcic (SVP), Johann Widmer (SVP)

Abwesend: Roger Tognella (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK TED/DIB mit 106 gegen 9 Stimmen (bei 1 Enthaltung) zu.

Schlussabstimmung über die bereinigte Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK TED/DIB beantragt Zustimmung zur bereinigten Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der SK TED/DIB beantragt Ablehnung der bereinigten Dispositivziffer 1.

Mehrheit: Michel Urben (SP), Referent; Präsidentin Helen Glaser (SP), Pablo Bünger (FDP), Niyazi Erdem (SP), Guido Hüni (GLP), Mario Mariani (CVP), Kyriakos Papageorgiou (SP), Ronny Siev (GLP), Dubravko Sinovcic (SVP), Johann Widmer (SVP)

Minderheit: Andreas Kirstein (AL), Referent

Enthaltung: Vizepräsident Markus Kunz (Grüne)

Abwesend: Roger Tognella (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 105 gegen 9 Stimmen (bei 1 Enthaltung) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der SK TED/DIB beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Die Minderheit der SK TED/DIB beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 2.

Mehrheit: Michel Urben (SP), Referent; Präsidentin Helen Glaser (SP), Pablo Bünger (FDP), Niyazi Erdem (SP), Guido Hüni (GLP), Mario Mariani (CVP), Kyriakos Papageorgiou (SP), Ronny Siev (GLP), Dubravko Sinovcic (SVP), Johann Widmer (SVP)

Minderheit: Andreas Kirstein (AL), Referent

Enthaltung: Vizepräsident Markus Kunz (Grüne)

Abwesend: Roger Tognella (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 103 gegen 10 Stimmen (bei 1 Enthaltung) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 3

Die Mehrheit der SK TED/DIB beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 3.

Die Minderheit der SK TED/DIB beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 3.

Mehrheit: Michel Urben (SP), Referent; Präsidentin Helen Glaser (SP), Pablo Bünger (FDP), Niyazi Erdem (SP), Guido Hüni (GLP), Mario Mariani (CVP), Kyriakos Papageorgiou (SP), Ronny Siev (GLP), Dubravko Sinovcic (SVP), Johann Widmer (SVP)
Minderheit: Andreas Kirstein (AL), Referent
Enthaltung: Vizepräsident Markus Kunz (Grüne)
Abwesend: Roger Tognella (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 102 gegen 9 Stimmen (bei 1 Enthaltung) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 4

Die Mehrheit der SK TED/DIB beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 4.

Die Minderheit der SK TED/DIB beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 4.

Mehrheit: Michel Urben (SP), Referent; Präsidentin Helen Glaser (SP), Pablo Bünger (FDP), Niyazi Erdem (SP), Guido Hüni (GLP), Mario Mariani (CVP), Kyriakos Papageorgiou (SP), Ronny Siev (GLP), Dubravko Sinovcic (SVP), Johann Widmer (SVP)
Minderheit: Andreas Kirstein (AL), Referent
Enthaltung: Vizepräsident Markus Kunz (Grüne)
Abwesend: Roger Tognella (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 104 gegen 9 Stimmen (bei 1 Enthaltung) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 5

Die Mehrheit der SK TED/DIB beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 5.

Die Minderheit der SK TED/DIB beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 5.

Mehrheit: Michel Urben (SP), Referent; Präsidentin Helen Glaser (SP), Pablo Bünger (FDP), Niyazi Erdem (SP), Guido Hüni (GLP), Mario Mariani (CVP), Kyriakos Papageorgiou (SP), Ronny Siev (GLP), Dubravko Sinovcic (SVP), Johann Widmer (SVP)
Minderheit: Andreas Kirstein (AL), Referent
Enthaltung: Vizepräsident Markus Kunz (Grüne)
Abwesend: Roger Tognella (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 103 gegen 9 Stimmen (bei 1 Enthaltung) zu.

Damit ist beschlossen:

1. Für das Sponsoring der ZSC Lions wird ein Betrag von höchstens Fr. 761 400.– pro Saison (einschliesslich Mehrwertsteuer) für die Saisons 2018/19 bis 2020/21 bewilligt. Es besteht kein Rechtsanspruch auf Auszahlung des Sponsoringbeitrags.

2. Dem Zoo Zürich wird ein Betrag von höchstens Fr. 541 000.– pro Jahr (einschliesslich Mehrwertsteuer) für die Jahre 2018–2020 bewilligt. Es besteht kein Rechtsanspruch auf Auszahlung des Sponsoringbeitrags.
3. Dem Zürcher Limmatschwimmen wird ein Betrag von höchstens Fr. 162 000.– pro Jahr (einschliesslich Mehrwertsteuer) für die Jahre 2018–2020 bewilligt. Es besteht kein Rechtsanspruch auf Auszahlung des Sponsoringbeitrags.
4. Dem Origen wird ein Betrag von höchstens Fr. 162 000.– pro Jahr (einschliesslich Mehrwertsteuer) für die Jahre 2018–2020 bewilligt. Es besteht kein Rechtsanspruch auf Auszahlung des Sponsoringbeitrags.
5. Dem Zürcher Silvesterlauf wird ein Betrag von höchstens Fr. 135 000.– pro Jahr (einschliesslich Mehrwertsteuer) für die Jahre 2018–2020 bewilligt. Es besteht kein Rechtsanspruch auf Auszahlung des Sponsoringbeitrags.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 11. Oktober 2017 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 10. November 2017)

3363. 2017/165

Weisung vom 07.06.2017:

Elektrizitätswerk, Erlass Tarif Netznutzung ZH-NNC-A für die Stadt Zürich

Antrag des Stadtrats

Es wird ein Tarif Netznutzung ZH-NNC-A für die Stadt Zürich gemäss Beilage (Entwurf vom 31. Mai 2017) erlassen.

Referent zur Vorstellung der Weisung, Kommissionsreferent:

Dubravko Sinovcic (SVP): *Es geht um den Erlass von Tarifen für Arealnetze. Arealnetze sind in sich geschlossene Netze von grösserer geografischer Ausdehnung, wobei die Feinverteilung des Stroms nicht vom ewz, sondern vom Arealbesitzer vorgenommen wird. Ein Beispiel für ein Arealnetz auf städtischem Grund ist der Hauptbahnhof. Dadurch, dass die Arealnetze verschiedene Inhaber haben, können die Tarife unterschiedlich ausgestaltet sein, sodass die Endbezüger den Strom zu unterschiedlichen Konditionen beziehen – je nachdem, in welchem Arealnetz sie sich befinden. Gemäss Bundesgericht ist eine solche Ungleichbehandlung von Endbezügern in einem Arealnetz nicht statthaft. Deshalb ist es notwendig, Tarife für die Arealnetze zu erlassen. Dies ist erstens sinnvoll, und zweitens wird damit übergeordnetes Recht umgesetzt.*

Die Detailberatung ist abgeschlossen.

Die Vorlage wird stillschweigend an die Redaktionskommission (RedK) überwiesen.

Damit ist beschlossen:

Der Tarif Netznutzung ZH-NNC-A für die Stadt Zürich ist durch die RedK zu überprüfen (Art. 38 Abs. 3 in Verbindung mit Art. 64 Abs. 1 GeschO GR). Die Schlussabstimmung findet nach der Redaktionslesung statt.

Tarif Netznutzung ZH-NNC-A für die Stadt Zürich

Gemeinderatsbeschluss vom ...

1 Geltungsbereich

¹ Der Tarif ZH-NNC-A gilt für nachgelagerte Kundinnen und Kunden in einem in Mittelspannung an das Verteilnetz des ewz angeschlossenen Arealnetz, die Energie vom ewz oder von einer anderen Lieferantin oder einem anderen Lieferanten beziehen.

² Der Tarif ZH-NNC-A ist anwendbar, wenn die folgenden Voraussetzungen kumulativ erfüllt sind:

a. es liegt eine Arealnetzkonstellation vor;

b. die nachgelagerte Kundin oder der nachgelagerte Kunde bezahlt die Entschädigung der Nutzung des Arealnetzes der Betreiberin oder dem Betreiber oder der Eigentümerin oder dem Eigentümer des Arealnetzes;

c. im Netzanschlussvertrag zwischen dem ewz und der Betreiberin oder dem Betreiber oder der Eigentümerin oder dem Eigentümer des Arealnetzes ist die direkte Verrechnung der Entschädigung der Netznutzung des vorgelagerten Verteilnetzes des ewz mit der nachgelagerten Kundin oder dem nachgelagerten Kunden vereinbart.

2 Tarif**2.1 Tarifzeiten**

¹ Reguläre Tarifzeiten

Hochtarif:	Montag–Samstag	06.00–22.00 Uhr
Niedertarif:	Montag–Sonntag	22.00–06.00 Uhr
	Sonntag	06.00–22.00 Uhr

² Bei durchgängigem Werkbetrieb an Sonntagen:

Hochtarif:	Montag–Sonntag	06.00–22.00 Uhr
Niedertarif:	Montag–Sonntag	22.00–06.00 Uhr

2.2 Netznutzungsentgelt

Das Netznutzungsentgelt setzt sich zusammen aus der Entschädigung für die Nutzung des Verteilnetzes des ewz und der Entschädigung für gemeinwirtschaftliche Leistungen des ewz an die Stadt Zürich.

2.2.1 Entschädigung für die Netznutzung

¹ Der Stadtrat ist ermächtigt, die Preise für die Entschädigung der Netznutzung (Komponenten Wirkenergie, Blindenergie und Leistung) aufgrund der jeweils aktuellen anrechenbaren Kosten entsprechend den Vorgaben des Bundesgesetzes über die Stromversorgung¹ oder den Vorgaben und Weisungen der Eidgenössischen Elektrizitätskommission (ElCom) festzulegen.

² Das ewz liefert kostenlos auf 100 Wirk-kWh der Hochtarifzeit 48 Blind-kVAh (mittlerer Leistungsfaktor $\cos \varphi = 0,9$). Der während der Hochtarifzeit zusätzlich auftretende Blindenergieverbrauch wird gemäss dem vom Stadtrat festzulegenden Preis verrechnet.

³ Das ewz verrechnet die von der nachgelagerten Kundin oder vom nachgelagerten Kunden in Anspruch genommene und gemessene Leistung. Als Bemessungsgrundlage dient der maximale monatliche ¼-Stunden-Leistungswert im Hochtarif.

2.2.2 Entschädigung für gemeinwirtschaftliche Leistungen an die Stadt

Die Entschädigung für die gemeinwirtschaftlichen Leistungen des ewz gemäss den Bestimmungen des Reglements über den Betrieb des Verteilnetzes und die Energielieferung des Elektrizitätswerks der Stadt Zürich (ewz)² sowie der Verordnung über gemeinwirtschaftliche Leistungen des Elektrizitätswerks der Stadt Zürich (ewz) im Rahmen der 2000-Watt-Ziele³ wird vom Stadtrat festgelegt.

3 Inkrafttreten

Der Stadtrat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.⁴

Mitteilung an den Stadtrat

¹ vom 23. März 2007, StromVG, SR 734.7.

² vom 28. Januar 2009, AS 732.210.

³ vom 2. Dezember 2014, VGL ewz, AS 732.360.

⁴ Inkraftsetzung auf ... (STRB Nr. ... vom ...).

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

3364. 2017/356

Postulat von Dr. Mathias Egloff (SP), Ronny Siev (GLP) und 3 Mitunterzeichnenden vom 04.10.2017: Gestaltung eines Begegnungsorts bei der Tramremise Wartau

Von Dr. Mathias Egloff (SP), Ronny Siev (GLP) und 3 Mitunterzeichnenden ist am 4. Oktober 2017 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die nicht mehr als solche genutzte Tramremise in der Wartau zusammen mit dem Rangierfeld und eventuell dem angrenzenden Strassenraum und der Tramschlaufe gegenüber zu einem Begegnungsort gestaltet werden kann, der in Höngg einen «Dorfplatz» schafft.

Begründung:

In Höngg wird schon lange beklagt, dass es keinen richtigen Begegnungsort mehr gibt, der zum Verweilen und Schwatzen einlädt. Ein Gastbeitrag eines Anwohners in der Höngger-Zeitung brachte das Gebäude des ehemaligen Trammuseums als möglichen Begegnungsort ins Spiel. In der Tat ist dies am ehesten der Ort, an dem die Infrastruktur und der Platz ein solches Vorhaben erlauben würde. In der Nachbarschaft sind erfolgreich neue Geschäfte entstanden, die bereits eine treue Kundschaft anziehen. Der Platz vor der Remise ist zwar nicht gerade gross, könnte aber mit klugen Eingriffen und vielleicht auch mit Veranstaltungen, einem Markt oder Konzerten, welche neue Begegnungen ermöglichen, zu einem wichtigen Ort werden, der Gemeinschaft bildet.

Mitteilung an den Stadtrat

3365. 2017/357

Postulat von Peter Schick (SVP) und Stephan Iten (SVP) vom 04.10.2017: Aufwertung des Münsterhofs

Von Peter Schick (SVP) und Stephan Iten (SVP) ist am 4. Oktober 2017 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie der Münsterhof aufgewertet werden kann. Dies zum Beispiel mit der Einrichtung von zwei bis drei Taxi-Standplätzen, schattenspendenden Bäumen auf dem Platz (und nicht vor den Geschäftseingängen), Möblierung und ausreichenden Sitzgelegenheiten.

Begründung:

Die Umsätze der Ladenbesitzer rund um den Münsterhof sind nach der Neugestaltung des Platzes zum Teil stark zurückgegangen. Die Laufkundschaft von früher ist nach dem Platzumbau nicht wieder zurückgekehrt. Einige Geschäfte mussten sogar Personal entlassen. Der neue Platz ist noch kein Ort zum Verweilen. Es fehlen, nur um zwei Punkte zu nennen, ausreichende Sitzgelegenheiten und Bäume, die Schatten spenden.

Der Tages Anzeiger ging in einem am 13. Juli 2017 erschienenen Artikel der von Stadtrat Filippo Leutenegger gemachten Aussage nach, dass der neu gestaltete Platz zwar wunderschön sei, aber einige Geschäfte darunter leiden würden, weil ihre Umsätze zurückgingen.

In diesem genannten Artikel bestätigte der Tages Anzeiger diese Aussage. Die Ladenbesitzer sehen insbesondere die fehlenden Parkplätze in der Umgebung und die verschlechterte Attraktivität des Gebiets als Gründe für den seit dem Umbau massiv schlechter besuchten Münsterplatz. Weiter bleiben die Spontangäste ab 20.00 Uhr aus. Dies ist insbesondere bei Regen oder nachts zu beobachten und der Platz wirkt regelrecht ausgestorben.

Der Platz muss wieder mehr belebt und einladender gestaltet werden, damit die frühere Laufkundschaft zurückkehrt. Die erwähnten Sitzgelegenheiten und schattenspendenden Bäume sind eine Möglichkeit, dass der Platz wieder mehr zum Verweilen einlädt.

Mitteilung an den Stadtrat

3366. 2017/358

Postulat von Matthias Probst (Grüne), Markus Kunz (Grüne) und 2 Mitunterzeichnenden vom 04.10.2017:

Weiterentwicklung der Smart Grid-Technologie in Richtung autonome Subnetze und intelligente Stromkunden

Von Matthias Probst (Grüne), Markus Kunz (Grüne) und 2 Mitunterzeichnenden ist am 4. Oktober 2017 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Weiterentwicklung der Smart Grid-Technologie in Richtung autonome Subnetze und intelligente Stromkunden gehen kann, statt in Richtung Überwachung und Datensammlung mit zentraler Steuerung.

Begründung:

Im Zusammenhang mit der Smart Grid-Technologie installiert EWZ zurzeit die Technik zur Überwachung von KonsumentInnen mit der Begründung, dass damit ein intelligentes Netz aufgebaut werden kann. Damit soll unter anderem die Nachfrage aktiv gesteuert und so zum Beispiel eine Überlastung eines Trafos verhindert werden können.

Das ist aus datenschützerischer Sicht äusserst bedenklich, lassen sich doch über die so gewonnenen Daten äusserst genau Profile der KonsumentInnen erstellen, was ein Eingriff in die Privatsphäre bedeutet. Dies ist allerdings technisch gar nicht nötig, wenn stärker auf autonome Teil-Netze gesetzt wird, statt auf zentrale Steuerung von kleinen Einheiten.

Der eigentliche Sinn eines Smart Grids ist es, wie der Namen sagt, ein intelligentes Netz aufzubauen. Dazu ist nicht mehr an Information nötig als die aktuelle Netz-Frequenz. Die Aufgabe besteht also darin, frequenzabhängige Subeinheiten zu schaffen, also kleine, autonome Einheiten, die zu immer grösseren Einheiten zusammengeschlossen werden können, die abhängig von der aktuellen Last (Frequenz) ihre Nachfrage anpassen. Mit diesem Vorstoss soll sichergestellt werden, dass die vorgesehenen Aktivitäten im Forschungs- und Entwicklungsbereich beim ewz zum Thema Netze in eine Richtung gehen, die auch aus Datenschutzsicht vertretbar sind.

Mitteilung an den Stadtrat

3367. 2017/359

Postulat von Mario Mariani (CVP) und Markus Hungerbühler (CVP) vom 04.10.2017:

Anschluss des Cevi-Hauses am Lyrenweg 300 an die Wasserversorgung

Von Mario Mariani (CVP) und Markus Hungerbühler (CVP) ist am 4. Oktober 2017 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie im Rahmen der Realisierung des Projekts Gartenareal Dunkelhölzli das CEVI-Haus am Lyrenweg 300 an die Wasserversorgung der Stadt Zürich angeschlossen werden kann.

Begründung:

Das im Jahre 1957 erbaute Lagerhaus (CEVI-Haus) des «Christlichen Vereins Junger Männer» (CVJM) wird nebst dem Lagerbetrieb seit den 80er Jahren dem Schulamt der Stadt Zürich für die Freiluft- und Waldschule zur Verfügung gestellt. Darin werden im Rahmen von Projektwochen den Schülerinnen und Schülern der 3. Primarklassen mit verschiedenen Waldparcours die Natur nähergebracht.

Die bestehende Quellfassung weist seit 2016 keine Trinkwasserqualität mehr auf, dazu müsste gemäss Empfehlung der Wasserversorgung das Wasser abgekocht werden.

Im Rahmen der Realisierung Weisung 2016-454 (neues Gartenareal Dunkelhölzli mit Gemeinschaftsgebäude) werden die verschiedenen Garten-Arealteile mit Wasseranschlüssen versehen. In Sinne einer optimalen Nutzung von Synergien soll geprüft werden, wie und mit welchem Kostenteiler eine neue Frischwasserleitung zum CEVI-Haus erstellt werden kann.

Mitteilung an den Stadtrat

Die vier Postulate werden auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

3368. 2017/360

**Dringliche Schriftliche Anfrage von Marianne Aubert (SP), Dr. Jean-Daniel Strub (SP) und 32 Mitunterzeichnenden vom 04.10.2017:
Gebietsplanung im Quartier Balgrist/Lengg, Anzahl der durch die Gesundheitsinstitutionen genutzten Wohnungen als Gewerbe- und Büroräumlichkeiten sowie mögliche Wohnraumrückgewinnung nach Auszug des Kinderspitals**

Von Marianne Aubert (SP), Dr. Jean-Daniel Strub (SP) und 32 Mitunterzeichnenden ist am 4. Oktober 2017 folgende Dringliche Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Das Gebiet Balgrist/Lengg ist mit seinen zahlreichen medizinischen Institutionen schweizweit das grösste Arbeitsplatzgebiet im Gesundheitsbereich. Neben dem Neubau des Kinderspitals haben zahlreiche dort ansässige Institutionen beim Kanton konkrete Ausbauwünsche angemeldet. Als Folge davon führt der Kanton zurzeit eine Gebietsplanung durch. In der Testplanung hat das kantonale Amt für Raumentwicklung (ARE) es jedoch unterlassen, die Thematik „Wohnen“ in die Planung einzubeziehen. Insbesondere wurde nach heutigem Kenntnisstand eine mögliche Wohnraumrückgewinnung (analog zum mit der ETH Zürich koordinierten Vorgehen im Perimeter Zürich-Zentrum) nicht geprüft. Bereits heute nutzen zahlreiche Institutionen zunehmend Wohnraum als Gewerberaum, zum Beispiel für Privatpraxen und Labors. Eine vergleichbare Entwicklung hat sich über die letzten Jahrzehnte im Perimeter des alten Kinderspitals Zürich in Hottingen vollzogen. Aufgrund der höheren Renditeaussicht besteht ein finanzieller Anreiz für Hauseigentümer/innen, Wohnraum in Gewerberaum umzuwandeln. Dies führt zu einer Verknappung des Wohnraums und einem damit einhergehenden Anstieg der Mietzinse. Einer solchen Entwicklung ist mit Blick auf das Quartier Balgrist/Lengg zu einem möglichst frühen Zeitpunkt entgegenzuwirken.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Weiss der Stadtrat, wie viele Wohnungen im Quartier Balgrist/Lengg umgenutzt wurden und nun den Gesundheitsinstitutionen als Gewerbe- bzw. Büroräumlichkeiten dienen? Wir bitten um Angabe der Anzahl m² und Einheiten bezogen auf die letzten fünf Jahre.
2. Hat der Stadtrat, z.B. anhand von Bewilligungsgesuchen, Kenntnis von neuen Umnutzungsabsichten der Institutionen im besagten Perimeter? Falls nicht, wie könnte er zukünftig an solche Informationen gelangen?
3. Welche Massnahmen will der Stadtrat ergreifen, um gegen die zunehmende Umnutzung von Wohnraum in Gewerbe- und Büroraum im Quartier Balgrist/Lengg vorzugehen?
4. Wie beurteilt der Stadtrat die Auswirkungen dieser Umnutzungen auf die bestehende Mietpreisstruktur des Quartiers Balgrist/Lengg?
5. Wie beurteilt der Stadtrat in diesem Zusammenhang die Tatsache, dass das Thema „Wohnen“ in der Testplanung des ARE bis anhin nicht berücksichtigt wurde?
6. Weiss der Stadtrat, wie viele ehemalige Wohnungen und Wohnhäuser durch das Kinderspital Zürich in Hottingen genutzt werden? Wir bitten um die Anzahl m² und Einheiten.
7. Plant der Stadtrat Massnahmen für die Wohnraumrückgewinnung nach dem Auszug des Kinderspitals Zürich in Hottingen? Wenn ja, welche? Wenn nein, weshalb nicht?

Mitteilung an den Stadtrat

3369. 2017/361

**Schriftliche Anfrage von Stephan Iten (SVP) und Derek Richter (SVP) vom 04.10.2017:
Temporeduktionen auf kommunalen Strassenabschnitten, hängige Rechtsmittel gegen die Herabsetzung der Geschwindigkeit sowie mögliche Kostenfolgen bei einer Gutheissung durch das Bundesgericht**

Von Stephan Iten (SVP) und Derek Richter (SVP) ist am 4. Oktober 2017 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

In einer Medienmitteilung der Stadt Zürich wurde bekannt gegeben, dass per 31. September 2017 die Dienstabteilung Verkehr auf 27 kommunalen Strassenabschnitten Geschwindigkeitsreduktionen von 50 km/h auf 30 km/h vorgenommen hat. Gemäss Mitteilung ist die Umsignalisation möglich, da das Bundesgericht in einem Zwischenentscheid den noch hängigen Rechtsmitteln gegen die Herabsetzung der Geschwindigkeit keine aufschiebende Wirkung gewährt hat.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche Einsprachen sind gegen die Geschwindigkeitsreduktionen von 50 km/h auf 30 km/h auf kommunalen Strassenabschnitten noch hängig?
2. Welche Geschwindigkeitsreduktionen auf kommunalen Strassenabschnitten wurden vom Bundesgericht bewilligt?
3. Welche Einsprachen sind gegen die Geschwindigkeitsreduktionen auf überkommunalen Strassenabschnitten noch hängig?
4. Welche Geschwindigkeitsreduktionen auf überkommunalen Strassenabschnitten wurden vom Bundesgericht bewilligt?
5. Wann ist mit dem endgültigen Entscheid des Bundesgerichtes für die hängigen Rechtsmittel zu rechnen?
6. Weshalb kann der Stadtrat mit der Umsignalisierung nicht den endgültigen Entscheid des Bundesgerichtes abwarten? Was ist die Begründung für die dringliche Umsetzung der Geschwindigkeitsreduktion auf den kommunalen und überkommunalen Strassenabschnitten?
7. Wenn die hängigen Einsprachen vom Bundesgericht gutgeheissen werden, was kostet dies die Steuerzahler der Stadt Zürich, wenn diese Strassenabschnitte wieder auf den ursprünglichen Zustand hergestellt werden müssen (Umsignalisation und die Wiederherstellung des ursprünglichen Zustandes)? Bitte um tabellarische Auflistung sämtlicher Kosten.

Mitteilung an den Stadtrat

3370. 2017/362

Schriftliche Anfrage von Stephan Iten (SVP) und Dubravko Sinovcic (SVP) vom 04.10.2017:

Entsorgung von Sperrgutabfall und Hausrat bei den öffentlichen Wertstoff-Sammelstellen, Umfang der Kontrollen bei den Sammelstellen und Anzahl der geahndeten Verstösse sowie konkrete Massnahmen und möglicher Handlungsbedarf zur Eindämmung der illegalen Entsorgung

Von Stephan Iten (SVP) und Dubravko Sinovcic (SVP) ist am 4. Oktober 2017 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Leider wird viel zu oft Sperrgutabfall und sonstiger Hausrat auf öffentlichen Wertstoff-Sammelstellen entsorgt. Es handelt sich dabei um Abfall, welcher dort nicht hingehört. Die Verfasser der Anfrage haben das persönlich bereits in verschiedenen Quartieren beobachtet. Es haben sich auch schon verschiedentlich Bürger über solchen Unrat beklagt. Ein Beispielfoto liefern wir mit dieser Schriftlichen Anfrage zur Verdeutlichung mit.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Gibt es Angaben über gesammelten Abfall an diesen Sammelstellen, welcher nicht dorthin gehört? Wenn ja, dann bitten wir um eine tabellarische Auflistung über Abfallmenge und die damit verbundenen Sammel- und Entsorgungskosten der letzten 5 Jahre.
2. Man hört davon, dass kontrolliert wird, ob innerhalb der Entsorgungszeit die Sammelstellen benützt werden, bzw. Bussen ausgestellt werden, wenn jemand ausserhalb dieser Zeit seinen Wertstoff entsorgt. Ist dies korrekt? Gibt es auch regelmässige Kontrollen, ob jemand Abfall deponiert, welcher nicht in die Wertstoff-Sammelstelle gehört? Wenn ja, wie viele Personen wurden in den letzten 5 Jahren pro Jahr verzeichnet, welche ihren Hausrat dort entsorgen?
3. Wie viele Verstösse wurden pro Jahr geahndet (ev. mit Bussgeldhöhe durchschnittlich pro Person und Bussgeldeinnahmen insgesamt pro Jahr)? Wenn nein, wieso nicht?
4. Wie wird der Abfall entsorgt, welcher nicht mit der Wertstoff-Sammlung zusammenhängt? In welchen Zeitintervallen werden die Sammelstellen kontrolliert, aufgeräumt und gereinigt?
5. Werden separate Entsorgungsfahrzeuge eingesetzt? Falls ja, wie oft sind diese unterwegs und wie

- hoch sind die Kosten für diese Zusatzfahrten pro Jahr, inkl. dem dazu benötigten Personal?
6. Mit Regelmässigkeit müssen wir uns vom Stadtrat anhören, was die Stadt Zürich für eine internationale Ausstrahlung geniesst. Wie wertet der Stadtrat diese unschönen Bilder in Betracht auf unsere enorme internationale Ausstrahlung?
 7. Sieht der Stadtrat bezüglich dieser Situation Handlungsbedarf? Wenn ja, welche Massnahmen sind geplant, damit Zustände wie auf nachfolgendem Foto wieder auf ein Minimum reduziert werden können? Wurden bereits konkrete Massnahmen umgesetzt? Wenn nein, wieso nicht?

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s n a h m e n

3371. 2017/270

Dringliche Schriftliche Anfrage von Urs Fehr (SVP) und Walter Anken (SVP) vom 23.08.2017:

Untervermietung einer städtischen Zweitwohnung an der Mühlegasse, Angaben zu den Kontrollen der Liegenschaftenverwaltung, zum Mietverhältnis der Mieterin und den erzielten Mehrerlösen sowie mögliche Konsequenzen für die Mieterin

Der Stadtrat beantwortet die Dringliche Schriftliche Anfrage (STRB 757 vom 20. September 2017).

3372. 2017/218

Schriftliche Anfrage von Markus Kunz (Grüne) vom 28.06.2017:

Verkauf des Gasnetzes von Wiesendangen an die energie 360° AG, strategische Bedeutung und Wirtschaftlichkeit solcher Zukäufe

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 761 vom 20. September 2017).

3373. 2017/219

Schriftliche Anfrage von Ronny Siev (GLP) und Isabel Garcia (GLP) vom 28.06.2017:

Einschätzung der Wohnsituation von getrennten oder geschiedenen Eltern im Zusammenhang mit der Schulwegsituation der Kinder sowie mögliche Massnahmen zur Erleichterung dieser Lebenssituationen

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 762 vom 20. September 2017).

3374. 2017/254

Schriftliche Anfrage von Marcel Bührig (Grüne) vom 12.07.2017:

Einsatz der Rettungsorganisation «Retter ohne Grenzen» in der Stadt, Aufgebot durch die Stadt, Koordination mit Schutz & Rettung, Sicherstellung der benötigten Zertifikate und Ausbildungen der zum Einsatz kommenden Organisationen und weitere Organisationen, die aufgeboden werden

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 758 vom 20. September 2017).

3375. 2017/256

Schriftliche Anfrage von Andreas Egli (FDP) und Stephan Iten (SVP) vom 12.07.2017:

Kochareal, Lärmklagen von Anwohnerinnen und Anwohnern, Bewilligungen und Auflagen für Anlässe und getroffene Massnahmen für die Durchsetzung eines gesetzeskonformen Zustands

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 785 vom 27. September 2017).

Nächste Sitzung: 25. Oktober 2017, 17 Uhr.